



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Ge-
sundheit, Gleichstellung und Ehrenamt**

Fachbereich Soziales und Bildung

Stabstelle 05 - Entwicklung und strategische
Steuerung

Rathaus, Zimmer 25

Auskunft erteilt

Frau Krüger

Telefon

309 – 3105

Telefax

309 – 3415

Email

daniela.krueger@stadt.luneburg.de

Mein Zeichen

Datum

24.03.2025

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und
Ehrenamt**

▼ Sitzung vom:

21.11.2024

▼ Sitzungsort

**Feuerwehr-Mitte, Großer Sitzungssaal, 21337 Lüneburg,
Lise-Meitner-Straße 12**

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

16:00 Uhr - 19:14 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigegefügt Tagesordnung.

Vorsitz

Dezernent

Protokollführerin

Dr. Perschmann

Rink

Wolter

ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Dr. med. Michael Perschmann

Mitglieder des Gremiums

Frau Antje Henze

Herr Thomas Dißelmeyer

Vertretung für: Frau Andrea Schröder-Ehlers

Frau Marianne Esders

Frau Andrea Kabasci

Herr Jörn-Christian Manzke

Herr Eckhard Pols

bis 18:00 Uhr

Grundmandat

Herr Robin Gaberle

16:13 Uhr bis 18:00 Uhr

Herr Frank Soldan

bis 18:00 Uhr

Beratende Mitglieder

Frau Sibylle Bollgöhn

Frau Heike Clasen-Gaß

bis 19:10 Uhr

Herr Holger Hennig

bis 19:10 Uhr

Herr Julian Meier

Herr Günter Wernecke

bis 18:47 Uhr

Gäste

Frau Daniela Laudan , Behindertenbeirat

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Karin Fischer Gleichstellungsbeauftragte

Verwaltung

Herr Matthias Rink Stadtkämmerer

Frau Barbara David , FBL 5-1

Vertretung für: Frau Ute Simkes B 5-11

Herr Sebastian Prigge FBL 2

Herr Jens Rumpel BL 51

Frau Anke Zabel Stabsstellenleiterin 05-3

Frau Katrin Wolter FB 4

Protokollführung

Frau Lea Lange , 05-1

Abwesende Mitglieder

Mitglieder des Gremiums

Herr Christian-Tobias Gerlach	fehlt entschuldigt
Frau Andrea Schröder-Ehlers	fehlt entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Mohammad Daw	fehlt entschuldigt
Frau Beate Lockemann	fehlt entschuldigt
Frau Sabine Reckermann	fehlt entschuldigt
Herr Berthold Schweers	fehlt entschuldigt

Verwaltung

Frau Ute Simkes BL 05-1-1	fehlt entschuldigt
Frau Daniela Krüger Stabsstellenleiterin 05-1	fehlt entschuldigt
Herr Niklas Hampe Stabsstelle 05-1	fehlt entschuldigt
Frau Sonja Jamme Ehrenamtskoordinatorin 05-1-1	fehlt entschuldigt
Herr Thorsten Treybig Stabsstelle 05-1	fehlt entschuldigt

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1** **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2** **Feststellung der Tagesordnung**
- 3** **Genehmigung des Protokolls vom 14.05.2024**
- 4** **Genehmigung des Protokolls vom 03.09.2024**
- 5** **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 6** **Einwohnendenfragen**
- 7** **Demokratie leben:**
 - Fortsetzung des Förderprogramms
 - Neue organisatorische Zuordnung**Vorlage: VO/11606/24**
- 8** **Bericht über die Tätigkeiten des Behindertenbeirats**
- 8.1** **Anfrage "Sachstandsbericht des Beirates für Menschen mit Behinderungen" (Anfrage der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 27.03.2024, eingegangen am 27.03.2024)**
Vorlage: VO/11223/24
- 9** **Zuschüsse an soziale Verbände und Vereine für das Jahr 2024**
Vorlage: VO/11576/24
- 10** **Fachförderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Vereine, Verbände und sonstige Organisationen (Sozialfondsrichtlinie- SozFRL)**
Vorlage: VO/11594/24
- 11** **Haushaltsplanentwurf 2025/2026 - Fachbereich Soziales und Integration**
Vorlage: VO/11505/24
- 12** **Antrag "Gesamtkonzept Wohnungslosigkeit - evaluieren, fortschreiben, verbessern" (Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 06.11.2024, eingegangen am 06.11.2024 um 16:57 Uhr)**
Vorlage: VO/11591/24
- 13** **Antrag des Beirat für Seniorinnen und Senioren auf Zuschuss für das Deutschlandticket**
Vorlage: VO/11607/24
- 14** **Anfrage "Pflegeheimkosten und Sozialhilfe" (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vom 06.11.2024, eingegangen am 06.11.2024 um 23:35 Uhr)**
Vorlage: VO/11592/24
- 15** **Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzender Dr. Perschmann begrüßt die anwesenden Teilnehmenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beratungsinhalt:

Die Tagesordnung wird dahingehend abgeändert, dass TOP Ö 10 „Fachförderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Vereine, Verbände und sonstige Organisationen (Sozialfondsrichtlinie – SozFRL)“, TOP Ö 11 „Haushaltsplanentwurf 2025/2026 – Fachbereich Soziales und Integration“ sowie TOP Ö 13 „Antrag des Beirat für Seniorinnen und Senioren auf Zuschuss für das Deutschlandticket“ vor den TOP Ö 6 „Einwohnendenfragen“ gezogen wird. Die Änderung wird einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt stimmt der geänderten Tagesordnung wie folgt: die Tagesordnungspunkte 10, 11, 13 werden vorgezogen und beginnen nach Top 5, einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 14.05.2024

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt genehmigt das Protokoll vom 14.05.2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 2

zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 03.09.2024

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt genehmigt das Protokoll vom 03.09.2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Rink teilt mit, dass der nächste Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt am 10.12.2024 um 15 Uhr stattfindet.

Er teilt weiter mit, dass die derzeitige Quote des Ministeriums zur Aufnahme von Geflüchteten bei 264 bis zum 31.03.2025 liegt. 237 Menschen müssen durch die Hansestadt Lüneburg noch aufgenommen werden.

Er teilt weiter mit, dass das Land Niedersachsen mitgeteilt hat, dass die Ausführung der Bezahlkarte den Kommunen obliegt. Der Landkreis hat bereits mitgeteilt, dass ihm die Federführung hier obliegt und in enger Abstimmung mit den Gemeinden erfolgen wird.

zu 6 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Herr Hellberg stellt eine Einwohnendenfrage.

Er spricht dabei für die Gruppe LuStiQ Leben und Sterben im Quartier und stellt zwei Fragen.

Er möchte wissen, welche Möglichkeiten die Hansestadt Lüneburg habe, welche in Planung bzw. in Beratung seien, den Pflegenotstand aktiv zu bekämpfen,

Seine zweite Frage lautet, ob an die Schaffung kleinerer, dezentraler Einrichtungen für den Stadtteil, im Rahmen der Quartiersarbeit, gedacht worden sei, in denen stationäre, ambulante Pflege und Tagespflege angeboten werden könne.

Vorsitzender Dr. Perschmann erfragt, ob die Frage an die Verwaltung gestellt sei.

Herr Hellberg verneint und stellt die Frage an den Rat der Hansestadt.

Er erklärt, dass die Gruppe seit einigen Jahren in der Hansestadt aktiv ist und bereits einige gut besuchte Veranstaltungen durchgeführt hat. Die Gruppe benötigt Orientierung und Überblick, in wieweit diese Thematik politisch bereits bearbeitet werde, um sich, mit Vorschlägen aus der Bevölkerung, an die entsprechenden Akteure zu wenden.

Ratsfrau Henze dankt LuStiQ und erinnert an ihre Initiative vor zwei Jahren zur Einrichtung einer Pflegekonferenz. Sie weist auf die Aussagen zur Zuständigkeit des Landkreises hin, welcher begonnen habe, sich zu kümmern. Die Bemühungen haben jedoch noch keine mittel- oder unmittelbaren Folgen für Lüneburg gezeigt.

Die Thematik solle ihrer Aussage nach weiter auf der städtischen Agenda sein, da es viele Maßnahmen zur Verbesserung der effizienteren Verschaltung und des Miteinanders gibt, die kein Geld zu kosten; Herr Dr. Perschmann und Ratsfrau Henze haben eine gemeinsame Anfrage zu diesem Thema gestellt. Sie führt aus, dass Warten in diesem Bereich Geld und Leid koste und es eine konstatierte Aktion benötige. Die Fraktion sei der einhelligen Meinung sich in diesem Bereich auf den Weg zu machen.

Herr Hellberg stellt die Dringlichkeit nochmal deutlich dar und betont die Zuständigkeit der Hansestadt Lüneburg, um Obdachlosigkeit im Alter zu verhindern.

Ratsherr Pols stellt einen Geschäftsordnungsantrag und weist darauf hin, dass eine Einwohnendenanfrage eine Anfrage ist und kein Statement, die Anfrage solle an den Rat der Hansestadt gestellt werden.

Ratsfrau Esders dankt Herrn Hellberg für die Frage. Sie erklärt, dass sie die Wichtigkeit des Anliegens sehe und die Idee von dezentralen Einrichtungen sehr gut finde. Diese sollten weiterentwickelt, in den Fraktionen beraten und vorangebracht werden.

Ratsherr Pols lädt Herrn Hellberg und einen/eine weitere Vertreter:in der Initiative in die Fraktion ein, da es sich um ein Zukunftsthema handele. Man solle eine gemeinsame Initiative finden, die in den Rat eingebracht werden könne. Dieses Thema solle überparteilich angegangen werden.

Ratsherr Dr. Perschmann spricht für die grüne Ratsfraktion und führt aus, dass der Landkreis eine eigene Konferenz eingerichtet hat, in dem die Hansestadt als eigener Sozialraum berücksichtigt worden ist. Er hat Kontakt zu Verwaltungsmitarbeiter Duggen/ Sachgebiet 543 Senioren und Pflegestützpunkt/Heimaufsicht aufgenommen und angemeldet, dass die Initiative LuStiQ in der Pflegekonferenz vertreten sein solle, um dort Vorschläge weiter gemeinsam zu verfolgen. Parallel steht der Weg in die Politik weiterhin frei. Er denke, dass Gespräche mit der Gesundheitsholding sinnvoll wären, um zu prüfen, ob in der Stadtgärtnerei Kapazitätserweiterung möglich seien. Weiter seien Pflegewohngemeinschaften ein Konzept, welches verfolgt werden sollte. Hierbei wäre der Personalaufwand geringer, die Umsetzung benötige jedoch entsprechenden Wohnraum. Hierbei sei mit den Wohnungsbau-genossenschaften zu sprechen. Ratsherr Dr. Perschmann verweist in diesem Zusammenhang auf Braunschweig.

Ratsherr Soldan dankt für das erneute Aufgreifen des Themas. Er beschreibt zwei limitierende Faktoren; Gebäude/Investitionskosten und Personal.

Weiter beschreibt er den Pflegenotstand als gesamtgesellschaftliches Problem, welches nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden könne. Dies sei Bundes- Landesaufgabe, über Pflegesätze und Investitionskostenbeteiligung. Die Lüwobau sei an Kapazitätsgrenzen gekommen, der Wohnraum in Lüneburg sei begrenzt. Das Thema sei nicht neu und oft thematisiert.

Ratsherr Dr. Perschmann spricht für die grüne Ratsfraktion und weist auf innovative Städte und Gemeinden hin, die in Koordinierungsstellen neue Pflegekräfte für die Region einwerben würden. Dies könne im Rahmen der Pflegekonferenz besprochen werden.

Ratsherr Soldan weist darauf hin, dass das Abwerben von Pflegekräften aus dem Umland das Problem nicht löse.

Ratsherr Dr. Perschmann spricht für die grüne Ratsfraktion und erklärt, dass dies das Problem nicht löse, der Adressatenkreis jedoch erweitert sei. Das Thema müsse jedoch an dieser Stelle nicht weiter-

verfolgt werden.

Vorsitzender Dr. Perschmann dankt Herrn Hellberg und bittet um die nächste Einwohnendenfrage.

Eine Bürgerin, Mitglied des Vereins Frauen helfen Frauen, stellt die zweite Einwohnendenfrage. Die Bürgerin beschreibt die Kapazitätsprobleme des Frauenhauses und den bisherigen Verlauf der Diskussion mit Stadt und Landkreis. Die Bürgerin erwähnt, dass es 2021 Willenserklärungen von Stadt und Landkreis zur Unterstützung des Projekts Frauenschutzzentrum gab. Weiter führt sie an, dass der Verein auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt von Herrn Stadtrat Forster über sein Konzept informiert worden sei. Der Verein beschwert sich über die späte Information und die Art der Kommunikation. Der Verein begrüßt, dass ein Diskurs entstanden ist und möchte von den Mitgliedern des Ausschusses wissen, ob die gemeinsame Umsetzung des Frauenschutzzentrums politisch noch gewollt sei. Weiter möchte Sie von der Verwaltung der Hansestadt wissen, wie sich die Hansestadt die Zusammenarbeit mit dem Verein Frauen helfen Frauen vorstelle.

Ratsfrau Kabasci bejaht die Frage, danach ob die Unterstützung des Frauenschutzzentrums politisch gewollt sei, für die grüne Fraktion mit ja.

Ratsherr Soldan dankt für die Frage, betont die Wichtigkeit der Thematik und führt aus, dass seine Fraktion den Vorstoß von Stadtrat Forster befürworte, jedoch vor dem Ausschuss auch nicht kannte. Seine Fraktion hatte im Ortsrat Ochtmissen angefragt, jedoch keine befriedigende Antwort bekommen. Ihn freue, dass im Haushalt der Hansestadt für 2025/2026 1,5 Mio. Investitionskosten stehen würden. Seine Fraktion werde weiter nachfragen und Druck machen. Er verweist darauf, dass die Verwaltung der Hansestadt Auskünfte geben könne.

Stadtrat Rink erklärt, dass es jetzt wichtig sei schnell und unmittelbar zu reagieren. Trotz des Zuschusses von Stadt und Landkreis liege eine große Deckungslücke vor, da der Förderantrag ohne Verschulden der Hansestadt, abschlägig entschieden worden ist. Es wäre jetzt an der Zeit zu klären, wer zusätzlich einsteigen könne. In diesem Zusammenhang seien zwei Grundstücke erworben worden. Es gelte weiter zu machen und trotz der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zu schauen, welche Umsetzungsmöglichkeiten es für das vorliegende Budget gegeben sein könnten. Er werde sich des Themas annehmen.

Ratsfrau Esders dankt für das Vorsprechen. Sie bedauert, dass das Thema lange geschoben worden sei und noch kein Konzept vorläge. Sie befürworte, dass nun nach anderen Lösungen gesucht werde und bittet darum, das Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt aufzunehmen und Lösungen zu finden, da die Hansestadt ein Frauenschutzzentrum brauche.

Ratsfrau Henze erklärt, dass die SPD Fraktion einen neuen Antrag gestellt hat und plädiert dafür flexibel in Lösungswegen und Endprodukt zu sein. Sie freut sich, wenn die Hansestadt in die Verhandlungen mit dem Kreis geht, da die Verhandlungen bisher ein Ungleichgewicht gehabt hätten.

Vorsitzender Dr. Perschmann richtet das Wort an die Bürgerin und bittet sie den Jetzt- Zustand zu beschreiben.

Die Bürgerin erklärt, dass der Verein das Gebäude für das Lüneburger Frauenhaus 1990 gemietet habe, welches inzwischen, weit entfernt von jeglichen Standards, ausgestattet sei.

Das Haus habe aktuell 12 Betten in 5 Mehrbettzimmern.

Das Frauenhaus werde vom Land Niedersachsen, vom Landkreis Lüneburg und der Hansestadt Lüneburg teilfinanziert, mit unterschiedlich großen Anteilen auf 12 Plätzen.

Nach niedersächsischer Richtlinie bestehe Bestandsschutz bis einschließlich 2026.

2016 wurde der fehlende Raumbedarf im Sozialdezernat vorgetragen. Die Bundesfördermittel sind nun ausgelaufen, wie es weiter geht ist aktuell niemandem bekannt. Ein Entwurf für ein Gewalthilfegesetz wird auf Bundesebene eingebracht werden. Die Bürgerin stellt jedoch heraus, dass sie nicht davon ausgehe, dass dieses Gesetz noch in laufender Legislaturperiode abgestimmt werde. Weiter stellt sie dar, dass eine umfangreiche Studienlage vorläge, die Istanbul Konvention für Bund und Kommunen gelte, jedoch keiner Verantwortung übernehme.

Vorsitzender Dr. Perschmann bedankt sich für die Darstellung.

Verwaltungsmitarbeiterin Fischer / Gleichstellungsbeauftragte bestärkt die Dringlichkeit und weist auf die aktuellen Veranstaltungen zum Frauenschutz in Lüneburg hin. Sie führt die gestiegenen Zahlen von Partnerschafts – und häuslicher Gewalt aus der Kriminalstatistik für 2023 an und beschreibt einen Anstieg von 3,2% auf 1155 Fälle. Von diesen Fällen benötigen viele Frauen Schutz in Frauenschutz-zentren. Sie erklärt, dass die Hansestadt wirklich Lösungen benötigt und bittet die politischen Entscheidungsträger:innen an Lösungen mit zu arbeiten.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

zu 7 Demokratie leben:
- Fortsetzung des Förderprogramms
- Neue organisatorische Zuordnung
Vorlage: VO/11606/24

Beratungsinhalt:

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Fischer / Gleichstellungsbeauftragte Hansestadt Lüneburg führt ins Thema ein.

Verwaltungsmitarbeiterin Fuchs-Zimmermann / Projektkoordinatorin Bundesprogramm Demokratie Leben BMFSFJ / Gleichstellungsbüro und Herr Mischke Projektkoordinator in der Koordinierungs- und Fachstelle Demokratie Leben BMFSFJ der Lawaertz Stiftung Hamburg erläutern die PPT.

Das Bundesförderprogramm Demokratie Leben ist aus dem Bereich Jugendpflege in den Bereich Gleichstellung gewechselt.

Die Vorstellung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt erfolgt aufgrund der zielgruppenspezifischen Änderung des Bundesförderprogramms und der entsprechenden übergreifenden Neuausrichtung in der Hansestadt. Ein Schwerpunkt liegt auf der Antidiskriminierungsarbeit.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Fischer / Gleichstellungsbeauftragte erklärt, dass das Förderprogramm vorsieht, dass die Politik die Antragstellung bestätigt und bittet um ein positives Votum, so dass der Verwaltungsausschuss beschließen möge, dass der Antrag gestellt werde und die Hansestadt weiter hin im Bundesprogramm gefördert werden könne.

Vorsitzender Dr. Perschmann bittet um Fragen.

Ratsfrau Esders dankt für die Präsentation und erklärt ihr Zustimmung. Sie erfragt, wo die Projektübersicht zu finden sei. Weiter möchte Ratsfrau Esders wissen, inwieweit antifaschistische und antisemitische Projekte unterstützt werden würden und stellt die Frage danach in wie fern neben der internen auch die externe Vernetzung geplant sei.

Verwaltungsmitarbeiterin Fuchs-Zimmermann / Projektkoordinatorin Bundesprogramm Demokratie Leben BMFSFJ / Gleichstellungsbüro erklärt, dass auf der Website www.luenebunt.de eine Projektübersicht zu finden ist. Sie erklärt weiter, dass die inhaltliche Ausrichtung zur Bekämpfung von Alltagsrassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus ein wesentliches Ziel darstellt und auf der Folie 4 abgebildet ist.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Fischer / Gleistellungsbeauftragte bestärkt, dass es sich bei dieser Thematik um einen neuen Schwerpunkt im Förderzeitraum handelt. Es sollen demokratieferne Zielgruppen erreicht werden und gegen den erstarkenden Rechtsextremismus gefördert werden.

Herr Mischke Projektkoordinator in der Koordinierungs- und Fachstelle Demokratie Leben BMFSFJ der Lawaertz Stiftung Hamburg erläutert, dass das externe Netzwerk des Bundesprogrammes sehr groß und divers ist. Schulen, Kitas, Religionsgemeinschaften sind eingebunden. Die christlich jüdische Gemeinschaft ist noch nicht im Netzwerk, soll jedoch im nächsten Jahr eingebunden werden. Es werden stetig neue Akteur:innen angesprochen, das Netzwerk wächst.

Ratsherr Dißelmeyer stellt eine Frage an Verwaltungsmitarbeiterin Frau Fischer / Gleichstellungsbeauftragte nach dem Konjunktiv in der Beschlussvorlage.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Fischer / Gleichstellungsbeauftragte erläutert, dass die Arbeit in diesem Maße nur fortgesetzt werden könne, wenn auch die beantragten Projektmittel in die Hansestadt flössen, da die Eigenmittel nicht ausreichen würden, um so vielfältig zu fördern. Sie weist auf die Formulierung „vorbehaltlich der bewilligten Mittel“ hin, die formell notwendig sei. Verwaltungsmitarbeiterin Frau Fischer / Gleichstellungsbeauftragte sei jedoch sehr zuversichtlich, dass positiv beschieden werde, da eine mündliche Zusicherung bereits vorliege.

Vorsitzender Dr. Perschmann bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Nach Abstimmung fragt Ratsfrau Esders welche Überlegungen es bereits für den Fall der Nichtbewilligung gäbe.

Verwaltungsmitarbeiterin Fuchs-Zimmermann / Projektkoordinatorin Bundesprogramm Demokratie Leben BMFSFJ / Gleichstellungsbüro stellt dar, dass sie fest von einer Bewilligung ausgehe.

Vorsitzender Dr. Perschmann ergänzt um „mündliche Zusage“.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt begrüßt die Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und beauftragt die Verwaltung, den eingereichten Förderantrag, sofern er bewilligt wird, entsprechend der in der Anlage skizzierten Vorhaben in den Förderjahren 2025 und 2026 umzusetzen. Der Ausschuss beabsichtigt außerdem, die Umsetzung des Programms „Demokratie leben!“ auch in den Förderjahren 2027-2032 zu unterstützen und sich für die Bereitstellung der benötigten Haushaltsmittel einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 8 Bericht über die Tätigkeiten des Behindertenbeirats

Beratungsinhalt:

Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen der Hansestadt Lüneburg Frau Laudan dankt für die Möglichkeit zur Vorstellung der Arbeit des Behindertenbeirats im Ausschuss und weist auf Verabschiedung der ersten Satzung des Beirats in der Hansestadt hin.

Sie stellt dar, dass der Beirat für Menschen mit Behinderungen für Stadt und Landkreis Lüneburg rein ehrenamtlich aufgestellt ist. Es gibt diverse Anfragen zu gesellschaftspolitischen Themenbereichen und Bauvorhaben.

Frau Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen Laudan weist darauf hin, dass aufgrund der Ehrenamtlichkeit die Erreichbarkeit nur bedingt möglich sei. Auch bekämen die Mitglieder des Beirats keine Entschädigungen für ihr Engagement.

Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen Frau Laudan erläutert die Historie zur Entstehung des Beirats.

Bereits 1994 habe die Hansestadt entschieden einen Beirat für Menschen mit Behinderungen als freiwillige Leistung einzusetzen, hatte damit eine Vorreiterstellung in Niedersachsen inne.

2008 trat das niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft und verpflichtete die Landkreise zur Einrichtung eines Beirats.

Lüneburg ist die einzige Kommune, in der ein Beirat für Menschen mit Behinderungen für Stadt und Landkreis in gemeinsamer Zuständigkeit verantwortlich ist. Ab 2011 gab es, der Aktenlage zu Folge, erste Richtlinien, jedoch keine Satzung.

Frau Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen der Hansestadt Lüneburg Laudan erläutert die PPT Vorlage.

Vorsitzender Dr. Perschmann dankt für Übersicht und Perspektiven und bittet um Fragen.

Ratsfrau Kabasci fragt danach woran es liege, dass die Satzung im Landkreis noch nicht abgestimmt worden ist.

Frau Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen Laudan erklärt, dass die CDU Fraktion auf Kreistageebene Einwände gegen zwei Formulierungen hatte. Es ging darum, Rederecht in allen Ausschüssen zu erlangen und als ordentliches Mitglied in alle Ausschüsse berufen zu werden. Die Einwände seien im Sozialausschuss diskutiert und vertagt worden, darauf folgten Alternativvorschläge und Rücksprachen. Die Formulierung sei nach wie vor strittig. Die Fraktionen sollten sich mit Eingaben bei der Verwaltung melden, dies sei jedoch noch nicht erfolgt.

Ratsfrau Esders dankt für die Präsentation und erklärt, Umfang und Wichtigkeit der Aufgabe. Sie ist schockiert darüber, dass die Teilnahme an Gremien nicht entschädigt werde.

Frau Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen Laudan erklärt, dass Sitzungsgelder ausgegeben werden würden.

Ratsfrau Esders führt an, dass allein 2024 84 Baupläne geprüft worden seien und diese Aufgabe ausschließlich ehrenamtlich abgebildet werde. Sie stellt die Frage danach, warum die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg keine Beauftragten für diese Tätigkeiten vorhalte und den Beirat in komplexen Fragestellungen unterstütze.

Ferner möchte Ratsfrau Esders wissen, warum der Zuschuss in 2024 noch nicht gezahlt wurde und wann dies beabsichtigt sei, warum die Räumlichkeiten für Ausschusssitzungen nicht barrierefrei seien? Frau Laudan, Vorsitzende des Behindertenbeirats, räumt ein, dass der Zuschuss erst spät von ihr abgerufen wurde.

An den Beirat für Menschen mit Behinderungen gerichtet fragt Ratsfrau Esders nach dem Barriere-melder.

Ratsfrau Esders bewundert die Arbeit des Beirats und fordert zu mehr Unterstützung auf.

Verwaltungsmitarbeiterin / Fachbereichsleitung 5-1 Soziales Integration Frau David stellt dar, dass die Fragen durch das Protokoll beantwortet werden.

Frau Verwaltungsmitarbeiterin /Gleichstellungsbeauftragte Fischer verdeutlicht, dass durch die neue Koordinationsstelle Teilhabe und Antidiskriminierung eine intensive Zusammenarbeit und Unterstützung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen, dem Seniorenbeirat und dem Integrationsbeirat

geplant sei. Diese könne jedoch nicht die Fachexpertise in Bezug auf Stellungnahmen ersetzen.

Vorsitzender Dr. Perschmann führt weiter zum nächsten Tagesordnungspunkt.

**zu 8.1 Anfrage "Sachstandsbericht des Beirates für Menschen mit Behinderungen" (Anfrage der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 27.03.2024, eingegangen am 27.03.2024)
Vorlage: VO/11223/24**

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Esders erklärt, dass es sich um eine Anfrage zur Aufklärung der Thematik handele. Sie stellt dar, dass heute bereits eine Menge Inhalte präsentiert worden seien.

Ratsfrau Esders würde jedoch gern mehr zum Sachstand Barrieremelder wissen und die Antworten zur weiteren Bearbeitung in schriftlicher Form vorgelegt bekommen.

Frau Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen Laudan antwortet, dass sie die Anfrage seinerzeit bekommen habe und am 28.05.2024 eine Stellungnahme an die Verwaltung sendete. Sie selbst hatte den Verteilungsvorgang nicht verfolgt und wird die Stellungnahme vom 28.05.2024 zur Beantwortung der Fragen an die Verwaltung, zum Einfügen ins Protokoll, weiterleiten.

Bezüglich Barrieremelder erklärt Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen Laudan, dass dieser auf der Homepage des Beirats angelegt sei. Bürger:innen können dort Art und Umfang der Barrieren angeben. Der Beirat bekommt eine entsprechende Nachricht.

Der Barrieremelder wird nicht öffentlich beworben; dieser habe sich jedoch nicht besonders bewährt, 2022 wurde der Barrieremelder eingerichtet es gab 2 Meldungen, 2023=3 Meldungen, 2024= 6 Meldungen.

Das Kontaktformular und die Emailadresse des Beirates werden jedoch intensiver genutzt, es liegen aktuell 30 Meldungen vor.

Der Beirat klärt im Meldungsfall Zuständigkeiten und gibt die Meldungen entsprechend weiter. In den meisten Fällen werden die Barrieren auch beseitigt.

Ratsfrau Esders fragt nach, ob in der Stellungnahme des Beirats die Meldungen abgebildet werden.

Frau Vorsitzende Beirat für Menschen mit Behinderungen Laudan bejaht dies.

Ratsfrau Esders freut sich darüber, wenn die Stellungnahme als Antwort der Verwaltung im Protokoll nachgetragen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

zu 9 Zuschüsse an soziale Verbände und Vereine für das Jahr 2024
Vorlage: VO/11576/24

Beratungsinhalt:

Vorsitzender Dr. Perschmann erklärt die Beschlussvorlage, erfragt, ob nach Vorlage abgestimmt werden könne und stimmt nach Vorlage ab.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Aus dem Sozialfonds 2024 werden folgende Zuwendungen gezahlt:

- Donum vitae e.V. 5.000 €,
- Blist e.V. Lüneburg 900 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**zu 10 Fachförderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Vereine,
Verbände und sonstige Organisationen (Sozialfondsrichtlinie- SozFRL)**
Vorlage: VO/11594/24

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink erläutert den Sachstand zu Ziel, Zweck und Sinn der vorliegenden Fachförderrichtlinie. Der Verwaltungsvorstand schlägt vor zukünftig alle ausgegebenen Fördermittel nach einem zuwendungsrechtlich notwendigen, strukturierten Verfahren umzusetzen, um Transparenz zu fördern, Vorläufe zeitlich sinnvoll einzuplanen und eine entsprechende Abstimmung zu ermöglichen.

Stadtrat Rink erläutert die PPT Vorlage und gibt an, dass es im Haushaltsplanentwurf für 2025/2026 die Besonderheit gibt, dass für vier Träger bereits separate Beträge eingeplant sind, die mathematisch zu den 70.000 € Gesamtfördersumme gehören und im Haushaltsplanentwurf enthalten sind.

Es betrifft die Träger;

Donum Vitae, Diversu, Checkpoint Queer und Queer.

Die Gesamtsumme ergibt sich aus dem Gesamtbetrag, der im Haushaltsjahr 2024 insgesamt ausgeschüttet wird.

Im Falle eines Beschlusses der Förderrichtlinie im nächstfolgenden Rat der Hansestadt, müsste in der Sondersitzung am 10.12.2024 eine Entscheidung zur Verteilung für 2025 im Ausschuss fallen.

Die Richtlinie sieht vor, dass es im Einzelfall eine Höchstgrenze von 20.000€ gibt.

Die Hansestadt geht an dieser Stelle nach einer einheitlichen Rahmenvorgabe vor und passt jeweils ausschließlich thematisch den Gegenstand der Förderung an.

Ratsfrau Henze erfragt den bisherigen Antragsumfang.

Stadtrat Rink erläutert die Zahlen aus den Anträgen die im Haushaltsplanentwurf vorliegen:

Donum Vitae	5000€
Diversu	5000€

Checkpoint Queer	39000€
Queer	2500€

Ratsfrau Kabasci weist darauf hin, dass für Diversu 15.000€ beantragt worden sind und bittet um Erläuterung der Antragsfristen.

Stadtrat Rink erläutert, dass sich die Antragsfrist immer auf einen Antrag für das Folgejahr bezieht.

Dieser Vorlauf erscheint Ratsfrau Kabasci zu früh, sie regt an im Ausschuss zu beraten, die Antragsfrist auf den 31.10. zu verlegen.

Weiter regt sie an, den Satz gemäß Punkt 5 der Förderrichtlinie auf „die maximale Summe ist die, der im Haushalt festgeschriebenen Mittel“ zu ändern.

Stadtrat Rink erklärt, dass Fristen angepasst werden können. Er weist jedoch auf die Wichtigkeit hin, ein Bekenntnis zu einer maximal zur Verfügung stehenden Fördersumme abzugeben.

Ratsfrau Esders stellt dar, dass für 2025 nach Abzug der vorliegenden Anträge ausschließlich noch 8500€ zur Verfügung stehen würden und schlägt vor über eine Erhöhung der maximalen Fördersumme zu beraten.

Stadtrat Rink weist darauf hin, dass die vorgeschlagene Summe von 70.000€ die in 2024 zur Verfügung gestellte Gesamtsumme darstellt.

Weiter führt er aus, dass Zuschusserhöhungen immer möglich sind, wenn parallel Vorschläge zur Gegenfinanzierung für den Haushalt eingereicht werden.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Fischer/ Gleichstellungsbeauftragte weist darauf hin, dass für Diversu e.V. in 2024 15.000€ bewilligt worden sind und für 2025 ein Antrag von 15.000 € vorliegt.

Ratsherr Soldan weist einerseits auf die Wichtigkeit von frühzeitigen Antragsfristen zur ordnungsgemäßen Abwicklung der Haushaltsaufstellung hin und weist andererseits auf die Notwendigkeit der Angabe von Einsparpotenzial bei Beantragung zusätzlicher Mittel hin, um den Gesamthaushalt im Blick zu halten.

Ratsfrau Kabasci stellt die Frage, ob die Beträge aus der Vorlage VO/11576/24 Zuschüsse an soziale Verbände und Vereine für das Jahr 2024 bereits inkludiert sind.

Weiter stellt sie Antrag auf geänderte Friststellung, in Folge auf den 31.08 des jeweiligen Jahres.

Antwort des Stadtrats Rink die Beträge sind für 2025 inkludiert.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Fischer/ Gleichstellungsbeauftragte begrüßt die Förderrichtlinie grundsätzlich zur Beseitigung von Unklarheiten bezüglich Kriterien und Abläufen bei Förderungen der Zivilgesellschaftlichen Akteure.

Der Vorsitzende Dr. Perschmann schlägt vor die Abstimmung des Antrags zur Änderung der Antragsfrist auf den 31.08 von Ratsfrau Kabasci vorzunehmen.

Frau Ratsfrau Henze fügt an, dass Planung gut ist, sie jedoch zu bedenken gibt, dass Leistungsanpassungen aufgrund unvorhergesehener Veränderungen in der Förderkulisse der zivilgesellschaftlichen Organisationen vorkommen und entsprechend zu beachten sind.

Der Vorsitzende Dr. Perschmann erfragt Ideen zur Lösung dieser Situation.

Ratsherr Soldan klärt auf, dass es dem Rat der Hansestadt immer freistehe, Anträge zu befürworten und die Verwaltung aufzufordern Nachträge in den Haushalt einzustellen, unabhängig von der Verabschiedung einer Förderrichtlinie.

Der Vorsitzende Dr. Perschmann schlägt vor über die Annahme des Antrags der Fachförderrichtlinie abzustimmen.

Ratsfrau Kabasci fügt den Änderungsantrag -unter Punkt 5.- an „die maximale Zuwendungshöhe be-

trägt in der Regel 20.000 € pro Jahr in begründeten Ausnahmefällen kann dies überschritten werden“ und erklärt, dass über den zuerst gestellten Änderungsantrag abzustimmen ist.

Der Vorsitzende Dr. Perschmann erfragt Gegenreden.

Ratsherr Pols erklärt, dass die erklärten Ausnahmefälle entsprechend definiert werden müssten. Dies verkompliziere den Prozess.

Der Vorsitzende Dr. Perschmann schlägt vor die Abstimmung des Antrags zur Änderung der Antragsfrist auf den 31.08 von Ratsfrau Kabasci vorzunehmen.

Abstimmung:

Der Vorsitzende Dr. Perschmann schlägt vor die Abstimmung des nächsten Antrags zur Änderung des Wortlauts unter Punkt 5, „die maximale Zuwendungshöhe beträgt in der Regel 20.000 € pro Jahr. Dies kann in begründeten Ausnahmefällen überschritten werden“ von Ratsfrau Kabasci vorzunehmen.

Abstimmung:

Ratsfrau Esders stellt den Antrag die Fördergrenze von 70.000€ zu erhöhen und bittet Ratsfrau Kabasci um Formulierungsunterstützung.

Ratsfrau Esders übernimmt die Formulierung von Ratsfrau Kabasci „der Umfang der Fördermittel aus dem Förderprogramm der Hansestadt Lüneburg ist auf die im Haushalt festgeschriebene Summe begrenzt“, Ratsfrau Esders ergänzt „und beträgt mindestens 70.000€“.

Abstimmung:

Abstimmung Gesamtantrag Fachförderrichtlinie

Beschluss:

Gesamtbeschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt stimmt der geänderten Förderrichtlinie einstimmig zu mit folgenden Änderungen:

1. Änderung

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt fasst mehrheitlich folgenden Beschluss: Die Antragsfrist gemäß Punkt 7.1 des Antragsverfahrens soll verlängert und auf den Zeitpunkt 31.08. datiert werden. Der geänderte Satz lautet: „Die Antragsfrist beginnt am 01.01. und endet am 31.08. eines Jahres.“

2. Änderung

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt fasst mehrheitlich folgenden Beschluss: Der Umfang Förderung gemäß Punkt 5 soll geändert werden. Der geänderte Satz lautet: „Die maximale Zuwendungshöhe beträgt in der Regel 20.000 € pro Jahr. Dies kann in begründeten Ausnahmefällen überschritten werden.“

3. Änderung

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt fasst mehrheitlich folgenden Beschluss: In Bezug zur Fördergrenze in Höhe von 70.000 € gemäß Punkt 5 soll der Satz geändert werden. Der geänderte Satz lautet: „Der Umfang der Fördermittel aus dem Förderprogramm der Hansestadt Lüneburg ist auf die im Haushalt festgeschriebene Summe begrenzt und beträgt mindestens

70.000 €.“

Abstimmungsergebnis:

Gesamtbeschluss:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 2

1. Änderung

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

2. Änderung

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

3. Änderung

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 2

zu 11 Haushaltsplanentwurf 2025/2026 - Fachbereich Soziales und Integration Vorlage: VO/11505/24

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink erläutert die PPT Vorlage, Verwaltungsmitarbeiterin Frau David /Fachbereichsleitung 5-1 Soziales und Integration gibt Informationen zur aufsuchenden Sozialarbeit, der Mieterberatung und Housing First. Kommissarischer Stadtrat Rink weist mit Blick auf die Mieterberatung darauf hin, dass die Aufstockung der Beratungsleistung am 31.12.2024 ausläuft. Sollte der politische Wille bestehen diese in diesem Rahmen weiter zu führen, müsse es einen politischen Antrag geben, da im Haushaltsplan der Standard festgesetzt worden ist.

Ratsherr Dißelmeyer stellt die Frage, ob die aufsuchende Sozialarbeit auf den Sande begrenzt ist. Verwaltungsmitarbeiterin Frau David /Fachbereichsleitung 5-1 Soziales und Integration führt aus, dass die Hansestadt die aufsuchende Sozialarbeit an vielen Standorten in der Stadt anbietet, die durch den Träger Lebensraum Diakonie gestellt wird.

Ratsfrau Esders erbittet eine Übersicht, wo die Stadt bezüglich „Housing First“ angefragt hat.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau David /Fachbereichsleitung 5-1 Soziales und Integration erklärt, dass sie spontan keine abschließende Übersicht über abgelehnte Wohnungen geben kann. Weiter führt sie aus, dass die Hansestadt Vorschlägen von Maklern nachgehe und massiv besichtigt habe, dass der Umfang des zur Verfügung stehenden Wohnraumes jedoch nicht auskömmlich sei, um dem Bedarf gerecht zu werden. Dies müsste recherchiert werden.

Ratsfrau Esders erfragt, ob auch Wohnungen der LüWoBau angefragt worden seien und wo die Probleme hier liegen.

Vorsitzender Dr. Perschmann erbittet die Verschiebung der Beantwortung dieser Frage mit Blick auf die Tagesordnung auf einen späteren Zeitpunkt im Ausschuss.

Stadtrat Rink führt an dieser Stelle aus, dass das Thema im Antrag/ Top 12 noch eingehend themati-

siert werde. Er bedauere, die aktuelle Situation und erklärt, dass die Hansestadt eine veränderte Dynamik in die Gesamthematik bringen möchte. Er hoffe, dass die Ergebnisse der kommenden Gespräche und Betrachtungen zu neuen Ideen und Sichtweisen beitragen werden und möchte gemeinsam „anpacken und tun“.

Ratsherr Soldan erfragt, wo die Zahlen zu dem Produkt Soziale Einrichtungen zu finden seien.

Stadtrat Rink bittet Verwaltungsmitarbeiterin Frau Zabel/ Stabsstelle 05-3 Service und Finanzen um Aufklärung.

Er stellt dar, dass die Investitionen Soziale Einrichtungen in diesen Bereichen nicht über die zu Beginn thematisierte Förderrichtlinie abgedeckt sind. Diese Investitionen werden „on top“ in den Haushalt eingepreist.

Stadtrat Rink weist darauf hin, dass das Investitionsvolumen der Hansestadt enorm ist und Investitionen zu 100% kreditfinanziert sind. Dabei ist die Hansestadt aktuell nicht in der Lage die Tilgungsleistung selbst zu erwirtschaften. Er gibt zu bedenken, dass jede Investition nicht nur in Höhe der Auszahlungsumme zurückgezahlt werden müsse, sondern fast doppelt zu finanzieren ist. Die Hansestadt sieht die Bedarfe und die Verantwortung mit Blick auf den erheblichen Sanierungsstau in unterschiedlichen Bereichen und investiert auch weiterhin mit den Schwerpunkten Infrastruktur, Schule, Kindertageseinrichtungen aber auch in anderen Bereichen in erheblichen Umfängen.

Der Differenzbetrag zwischen 56 und 32 hängt damit zusammen, dass die Hansestadt diverse investive Auszahlungen habe, bei denen Dritte Investments in der Stadt tätigen, so z.B. Brückenneubau Bleckeder Landstraße / Deutsche Bahn. In 2026 ist die Situation ähnlich gelagert mit leichter Verschiebung in Richtung Schule.

Im Folgenden weist Stadtrat Rink eindringlich auf die Problematik einer drohenden Überschuldung und die Auswirkungen auf die Freiwilligen Sozialleistungen hin und bittet weiterhin Gutes zu tun, jedoch die Zahlen im Blick zu haben.

Verwaltungsmitarbeiter Herr Rumpel / Bereichsleiter 51 soziale finanzielle Hilfen ergänzt um den Teilhaushalt 51000 Soziale Finanzielle Hilfen anhand einiger ausgewählter Produkte.

Verwaltungsmitarbeiter Herr Rumpel / Bereichsleiter 51 soziale finanzielle Hilfen merkt an, dass im Teilhaushalt ausschließlich Pflichtleistungen auf gesetzlicher Grundlage erbracht werden. Außerdem stellt der Teilhaushalt Transferleistungen dar, die in vollem Umfang durch den Landkreis erstattet werden. Es gibt im Teilhaushalt einige Produkte, die nicht mit 0 abschließen, dies ergibt sich aus dem verbindlichen Produktrahmenplan des Landes Niedersachsen, der vorgibt, dass bestimmte Personalerträge in diesem Teilbereich verbucht werden, die an anderer Stelle verausgabt sind.

Vorsitzender Dr. Perschmann hinterfragt die Fallzahlen aus Produkt 311101. Verwaltungsmitarbeiter Herr Rumpel / Bereichsleiter 51 soziale finanzielle Hilfen ergänzt, dass es sich um die durchschnittlichen monatlichen Fallzahlen handelt.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau David /Fachbereichsleitung 5-1 Soziales und Integration gibt Informationen zum Produkt 315401.

Stadtrat Rink ergänzt, dass die Notunterkünfte eine sehr teure Unterbringungsformen darstellen, das Ertragserzielungsmanagement sehr komplex sei und für 2025 eine große Aufgabe darstelle, um die geplanten Erträge generieren zu können.

Ratsherr Soldan erklärt, dass es gut ist, wenn Notunterkünfte aufgelöst und Menschen besser untergebracht werden können. Ratsherr Soldan erfragt die Belegungszahlen in der Notunterkunft Ilmenau-center und stellt die Frage danach was ab Frühjahr 2026 geschehen werde.

Stadtrat Rink erklärt, dass die Situation entsprechend vorbereitet werde. Er führt aus, dass die Unterkünfte Oedemerweg und Wilschenbrucherweg neu eingerichtet werden. Er weist auf regelmäßige Auszüge, etwa 10 pro Woche, hin und erwähnt in diesem Zusammenhang auch den Personenanteil, für den keine Unterbringungsverpflichtung mehr bestehe.

Im Weiteren erklärt Kommissarischer Stadtrat Rink, dass sozialarbeiterisch darauf hingearbeitet werde, die Anzahl dieser Personen zu erhöhen.

Ratsfrau Kabasci stellt eine Rückfrage zur Präsentation; sie sieht in der Liste der Investitionen unter Herrichtung neuer Grundunterkünfte eine Null, im Tortendiagramm jedoch eine Veranschlagung und bittet um Aufklärung bezüglich dieser Zahlen.

Stadtrat Rink stellt dar, dass an dieser Stelle im Diagramm die Beträge abgebildet sind, die bereits in Planung sind, jedoch nicht darüberhinausgehende Maßnahmen zur Unterbringung.

Er legt die Herausforderungen des Konnexitätsprinzips dahingehend dar, dass die zur Verfügung gestellten Fallpauschalen zur Bereitstellung von Unterkünften, nie auskömmlich sind. Dort, wo die Kommunen es schaffen Menschen in Wohnraum zu bringen, kann es auskömmlich sein.

Eine Hochrechnung des Landkreises Lüneburg bezüglich der auskömmlichen Fallkostenpauschale, unter Berücksichtigung der aktuellen Inflation, ist auf die Summe von 13250€ gekommen. Die tatsächlich gewährte Summe liegt aktuell bei knapp 11.000€.

Wenn Personen nach dem AsylbLG 2+3 anerkannt werden, muss die Hansestadt diese Menschen, im Rahmen der Gefahrenabwehr, unterbringen. Hier liegt die Fallkostenpauschale dann bei 0€.

Der Gesetzgeber hat diese Situation nicht geregelt. Durch die Übertragung der Unterbringungsaufgabe auf die Städte und Kommunen, lastet diese Aufgabe auf den Körperschaften.

Vorsitzender Dr. Perschman bittet um Fragen.

Ratsherr Soldan dankt dem kommissarischen Stadtrat Rink, Verwaltungsmitarbeiterin Frau Zabel/ Stabsstelle 05-3 Service und Finanzen und dem Team.

Ratsfrau Esders beantragt eine Änderung des Beschlusses von „nehmen zustimmend zur Kenntnis“ in „nehmen zur Kenntnis“.

Ratsfrau Kabasci schließt sich dem Dank von Ratsherr Soldan an.

Vorsitzender Dr. Perschmann hinterfragt den beantragten Wortlaut der Änderung des Beschlusses.

Frau Ratsfrau Esders wiederholt den Wortlaut des Änderungsantrags von „nehmen zustimmend zur Kenntnis“ in „nehmen zur Kenntnis“, ohne das Wort zustimmend.

Vorsitzender Dr. Perschmann bittet um Abstimmung.

Ratsfrau Kabasci weist darauf hin, dass zuerst über den Änderungsantrag abgestimmt werden müsse.

Stadtrat Rink erklärt, dass die Verwaltung übernehmen würde.

Vorsitzender Dr. Perschmann stellt dar, dass somit die Abstimmung über den Änderungsantrag entfällt.

Vorsitzender Dr. Perschmann bittet um Nachsicht und Abstimmung.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt nehmen den vorgelegten Entwurf zum Haushalt 2025/2026 einstimmig zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

**zu 12 Antrag "Gesamtkonzept Wohnungslosigkeit - evaluieren, fortschreiben, verbessern" (Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 06.11.2024, eingegangen am 06.11.2024 um 16:57 Uhr)
Vorlage: VO/11591/24**

Beratungsinhalt:

Vorsitzender Dr. Perschmann führt ein.

Ratsherr Dißelmeyer fragt nach, ob die Verwaltung diesen Punkt nicht bereits übernommen hätte.

Verwaltungsmitarbeiterin /Fachbereichsleitung 5-1 Soziales und Integration David erfragt, was mit übernommen gemeint sei.

Ratsherr Dißelmeyer führt aus, dass er verstanden habe, dass Kommissarischer Stadtrat Rink dies als Selbstverständlichkeit ansehe.

Verwaltungsmitarbeiterin /Fachbereichsleitung 5-1 Soziales und Integration David bejaht dies und erklärt, dass das Gesamtkonzept inhaltlich gut und in Allris hochgeladen worden sei. Nun gebe es den Antrag dazu eine Arbeitsgruppe zu bilden. Hierbei seien zwei Termine geplant, die die Stadtverwaltung anbieten könne, um im Rahmen einer Arbeitsgruppe in die inhaltliche Abstimmung zu gehen.

Ratsfrau Kabasci plädiert aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und ausgedünnten Besetzung des Ausschusses darauf, die Einbringung kurz zu halten und bittet um eine formale Abstimmung.

Sie freut sich über die Zustimmung der Verwaltung.

Der Vorschlag der Fraktion sei, noch eine Person der Diakonie als Betreiber der Herberge zuzuladen. Die Fraktion ist offen für eine größere externe Beteiligung.

Ratsfrau Esders stimmt Ratsfrau Kabasci zu, erklärt jedoch, dass der Prozess bisher zu lange dauere und das Thema vorankommen müsse.

Ratsfrau Henze verdeutlicht nochmal den Sinn der Arbeitsgruppe. Alle Teilnehmenden sollen durch die Arbeit der Arbeitsgruppe Expertise erlangen, die Wichtigkeit der Thematik erkennen und in die Fraktionen tragen.

Dieser Aspekt solle von der Verwaltung nochmal an die Fraktionen gesendet werden, um alle Fraktionen mitzunehmen.

Ratsfrau Henze betont, dass die Arbeit bisher noch nicht zufriedenstellend sei und weist auf die Wichtigkeit hin Mittel, zur Umsetzung für diese Thematik, zur Verfügung zu stellen.

Frau Kabasci begrüßt, dass bereits Termine für eine Arbeitsgruppe vorliegen würden und erklärt, dass am folgenden Dienstag Vertreter:innen aus den Fraktionen für die Arbeitsgruppe benannt werden sollten.

Verwaltungsmitarbeiterin /Fachbereichsleitung 5-1 Soziales und Integration David nennt die vorgeschlagenen Termine:

13.01.2025; 15:00 Uhr

14.01.2025; 15:30 Uhr

Vorsitzender Dr. Perschmann verdeutlicht, dass es sich nur um einen Termin handele, die Verwaltung böte jedoch zwei mögliche Termine dafür an.

Ratsfrau Esders hinterfragt die aktuelle Situation in Rettmer.

Verwaltungsmitarbeiterin /Fachbereichsleitung 5-1 Soziales und Integration David erklärt zu bestimmten Kernpunkten, dass in der letzten Woche mit Frau Oberbürgermeisterin Kalisch, Stadtrat Mossmann, drei Beamten der Polizei und den Gewerbetreibenden des Garbers-Centers ein Gespräch statt-

gefunden hat. Die Situation wurde eruiert.

Im Konzept soll neu überdacht werden, wie mit psychisch erkrankten Personen besser umgegangen werden könne und wie die Mitarbeitenden und Mitbewohnenden besser vor Gewalt geschützt werden können. Ein gutes Gewaltschutzkonzept soll vorgehalten stetig weiterentwickelt werden. Das Thema müsse angegangen werden.

Vorsitzender Dr. Perschmann erfragt, ob die Ergänzung in die Abstimmung aufgenommen werden soll.

Ratsfrau Kabasci erklärt, dass es nicht in den Antrag geschrieben werden müsse.

Vorsitzender Dr. Perschmann bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Antrag "Gesamtkonzept Wohnungslosigkeit – evaluieren, fortschreiben, verbessern" wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 13 Antrag des Beirat für Seniorinnen und Senioren auf Zuschuss für das Deutschlandticket Vorlage: VO/11607/24

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink erklärt, dass die Stellungnahme der Verwaltung dem Antrag vorliegt.

Weiter führt er aus, dass er, als Vertreter des Verwaltungsvorstandes, absolut offen für konstruktive Kritik ist. Nichtsdestotrotz solle ein gewisser Stil bewahrt bleiben. Es gibt einige Passagen, die er ausdrücklich zurückweist und bittet den Seniorenbeirat in der zukünftigen Kommunikation, gerade auch in der schriftlichen Kommunikation mit der Verwaltung, den in der Hansestadt üblichen Ton anzuwenden.

Zur Sachverhaltsaufklärung führt er aus, dass der Rat der Hansestadt im August des vergangenen Jahres den Antrag in den Sozialausschuss überwiesen hat, welcher den Antrag in der Sitzung am 10.10.2023 nach intensiver Diskussion mit großer Mehrheit abgelehnte.

Grundsätzlich führt er an, dass in der Stellungnahme seriös dargestellt worden ist, wie die Finanzierung im ÖPNV aussieht. Die Hansestadt kritisiert es genauso, dass im Zuge der Tarif-Umstellung durch den Träger des ÖPNV das Seniorenticket rausgefallen ist.

Stadtrat Rink führt die Argumentation der Verantwortlichen an, die besage, dass ein Mehrwert des Deutschlandtickets durch eine deutliche Erhöhung der Attraktivität in der Fläche sowie durch eine erhöhte Flexibilität bestünde und entsprechend entschieden worden sei.

Er erklärt, dass das Land Niedersachsen bundesweites Schlusslicht in der zur Verfügung Stellung der Regionalisierungsmittel des ÖPNV ist. Kommissarischer Stadtrat Rink würde sich sehr freuen, wenn die Fraktionen auch in ihren Parteien Initiativen für eine bessere finanzielle Ausstattung des ÖPNV in

Niedersachsen anstoßen könnten, so dass auch beim HVV ein entsprechendes Ticket eingeführt werden könne.

Jede Form der Bezuschussung ist als freiwillige Leistung der Hansestadt möglich und wäre über eine entsprechende Zuschussregelung im Haushaltsplan einzustellen.

Bezugnehmend auf die haushälterischen Auswirkungen der Stellungnahme verdeutlicht Stadtrat Rink, mit Blick auf den Seniorenpass, dass es sich bei den berechtigten Menschen dieser Gruppe um Personen im Leistungsbereich SGB XII handle, etwa 16000 Menschen.

Der vorliegende Antrag zielt auf alle Senior:innen der Hansestadt, etwa 20.000 Menschen ab. Hier wird von einem Zuschuss von 160.000€ pro Jahr gesprochen, also 58€ Deutschlandticket, minus 32€ Seniorenticket, bedeutet eine Subvention von 26€ pro Person.

Dieser Betrag ist mit dem Faktor 12 zu multiplizieren, da das Deutschlandticket ein Monatsticket ist. Es ergibt sich einen Betrag von 6,2 Mio. €.

Weiter erklärt Stadtrat Rink, dass es, vor dem Hintergrund der aktuellen, finanziellen Situation der Hansestadt Lüneburg, die eigene politische Entscheidung ist, dieses Geld auszureichen.

Stadtrat Rink führt fort, dass seine Auffassung bekannt sei, bei aller Wertschätzung der Senior:innen.

Beratendes Mitglied Seniorenbeirat Frau Bollgöhn erklärt, dass es in dem Antrag um die alten Menschen gehe, um Teilhabe, um Mobilität und die Haltung der Hansestadt zu diesen Einwohner:innen. Sie verdeutlicht, dass es ihr um die Rentnerin mit durchschnittlichem monatlichem Einkommen von 1173€ und dem Rentner mit durchschnittlichem monatlichem Einkommen von 1543€ gehe. Für diese Menschen verstehe sich Frau beratendes Mitglied Seniorenbeirat Bollgöhn als Sprachrohr, diese Menschen begegnen ihr in der Sprechstunde des Seniorenbeirates.

Beratendes Mitglied Seniorenbeirat Frau Bollgöhn erläutert am Beispiel, die entstehenden Fahrtkosten; Einzelfahrtticket 70€, Monatskarte 58€ monatlich. Dies empfindet Frau Beratendes Mitglied Seniorenbeirat Frau Bollgöhn als zu hoch. Sie erwartet von der Politik sich der Thematik anzunehmen, gegenzusteuern und zu entscheiden. Sie erklärt, dass die Zahlen durchaus diskussionsfähig seien. Sie erwarte jedoch, dass man sich der Thematik der Bedarfe der Senior:innen, gleich der der Radfahrer:innen, annehme.

Ratsfrau Kabasci führt aus, dass sie das Anliegen des Seniorenbeirates sehr gut verstehe, die Umsetzung jedoch, mit Blick auf die Haushaltslage, nicht zu realisieren sei, außerdem sei der Landkreis Aufgabenträger des ÖPNV.

Frau Ratsfrau Kabasci richtet die Bitte an die Stadt in den Gesprächen mit der Moin und dem Landkreis Lüneburg deutlich zu machen, dass der Wunsch, auch explizit vom Seniorenbeirat, bestehe, eine solches Senior:innenticket für die Stadt zu entwickeln.

Stadtrat Rink sagt zu und weist daraufhin, dass das Grundanliegen sehr nachvollziehbar ist und es ärgerlich ist, dass die Verantwortlichen daran nicht gedacht haben. Er führt weiter aus, dass sie dies jedoch tun werden bzw. schon getan haben. Die Hansestadt sei jedoch nur ein Player, der mitwirken und beschließen könne.

Stadtrat Dißelmeyer dankt, dass der Wunsch von Ratsfrau Kabasci aufgegriffen worden ist und bittet darum, das Prädikat Bedürftigkeit und Alter in den Vordergrund zu stellen, somit sollte eher ein Sozialticket als ein Senior:innenticket gefördert werden.

Ratsherr Soldan dankt dem Seniorenbeirat verdeutlicht nochmal, dass es zwei Entscheidungsmöglichkeiten gebe; entweder versucht der Kreis als Aufgabenträger ein Seniorenticket für den Landkreis Lüneburg herbeizuführen oder die Hansestadt gewährt Senior:innen, bis zu einem gewissen Einkommen, einen Zuschuss zu dem Deutschlandticket. Diese Vergünstigungen sollten nur diejenigen bekommen, die sich mit Ihrem Einkommen knapp unter oder über der Grundsicherungsgrenze befinden.

Ratsherr Dr. Perschmann spricht als Teil der grünen Ratsfraktion und erläutert, dass er eine Einkommensgrenze eindeutig befürworte. Weiter erklärt er, dass es auch andere Bedürftige gebe, die sich mit Anfragen an ihn gewendet hätten. Auch erklärt Ratherr Dr. Perschmann, dass ein HVV Monatsticket mit 68€ für diese Menschen zu teuer ist. Dabei stellt er die Frage danach, ob eine Unterstützung von Mobilität außerhalb des Landkreises unterstützt werden müsse, seiner Meinung nach solle die Initiative entstehen im Rahmen des HVV ein Regionalticket, wie es bereits schon mal vorlag, zu entwickeln.

Ratsfrau Esders dankt dem Seniorenbeirat für die Ausführungen und erklärt, dass eine Kostenreduzierung nicht nur eine Frage von Armut, Teilhabe oder Mobilität im Alter sei, sondern auch eine Frage von Klimaschutz. Aus diesem Grund würde sich Ratsfrau Esders dafür aussprechen, dass Mobilität in der Stadt kostenfrei stattfinden sollte. Die Hansestadt solle sich ein Konzept zur Förderung im ÖPNV überlegen. Aus diesem Grund unterstützt Ratsfrau Esders das Anliegen sehr, bietet ein Gespräch an und stellt die Wichtigkeit des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel auch mit Blick auf den Klimaschutz dar.

Vorsitzender Dr. Perschmann erfragt beim Beratendem Mitglied Seniorenbeirat Frau Bollgöhn an, ob der Wunsch bestehe, dass der Antrag abgestimmt werde.

Beratendes Mitglied Seniorenbeirat Frau Bollgöhn bejaht.

Abstimmung

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt lehnt den Antrag auf einen Zuschuss für das Deutschlandticket mit einer Ja-Stimme und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 6
Enthaltungen: 0

**zu 14 Anfrage "Pflegeheimkosten und Sozialhilfe" (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vom 06.11.2024, eingegangen am 06.11.2024 um 23:35 Uhr)
Vorlage: VO/11592/24**

Beratungsinhalt:

Vorsitzender Dr. Perschmann erklärt die Anfrage und verdeutlicht, dass die Zahlen nun vorlägen. Die vorgelegten Summen seien erquicklich, verdeutlichten und adressierten die Situation im Bereich Pflegeheimkosten und Sozialhilfe. Ratsherr Perschmann führt an, dass es sinnvoll wäre im Rahmen der Pflegekonferenzen –ReKAP- auf die Thematik zuzusprechen zu kommen.

Vorsitzender Dr. Perschmann dankt und leitet zum nächsten Punkt über.

zu 15 Anfragen im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Es lagen keine Anfragen vor.